

Bildung zwischen Wunsch und Wirklichkeit

urs; Urs Bühler

Die Art und Weise, wie die Basis des Zürcher Bildungswesens am Mittwoch auf sich aufmerksam gemacht hat, verdient Anerkennung. Das Hauptziel, eine breite Diskussion zum Bildungsauftrag des Gemeinwesens anzuregen, darf als erreicht bezeichnet werden. Erstens haben Institutionen und Verbände von der Volksschul- bis zur Hochschulstufe für einmal am selben Strick gezogen, statt Partikularinteressen voranzustellen; das verleiht ihrer Forderung nach einem Blick aufs Ganze Nachdruck. Zweitens war, stärker als beim Lehrerstreiktag vom letzten Juni, bereits im Vorfeld ein konstruktiver Geist spürbar, der eine kontradiktorische Behandlung aufgeworfener Themen zulies.

Dass die am «Tag der Bildung» Beteiligten gemeinsam die Flucht nach vorne antreten und von der Politik eine Bildungsoffensive in Zeiten des Spardrucks fordern, mag im Sinne eines Signals gegen allfällige Resignation positiv zu werten sein. Das hiesige Schulsystem hat viel aufzuholen - für diese Einsicht braucht man gar nicht erst die Resultate der PISA-Studie zu bemühen. Kaum jemand geht davon aus, dass in der Bildungspolitik die Hände in den Schoss gelegt werden können. Wenn aber im Rahmen eines ausgewogenen, zur Sanierung der Kantonsfinanzen unumgänglichen Sparpakets der Rotstift auch in der Bildungsdirektion angesetzt wird - und dies im Vergleich mit anderen Direktionen keineswegs überdurchschnittlich stark -, ist das nicht mit einer Degradierung der Schulen zum finanzpolitischen Spielball gleichzusetzen. Als Beispiel können die in Schulkreisen harsch kritisierten Pläne für leicht vergrösserte Klassen gelten, von deren Sparpotenzial auch die Gemeinden stark profitieren. Die Vorschläge sind inzwischen mit flankierenden Massnahmen abgefedert worden, so dass im Schnitt bloss ein Schüler mehr in einer Volksschulklasse sässe. Hier eine ernsthafte Gefährdung der Unterrichtsqualität zu orten, ist unseriös - besonders wenn man bedenkt, dass die Klassen heute im Vergleich zu früher tiefe Bestände von durchschnittlich 18 bis 20 Schülern aufweisen, ohne dass dies einen Qualitätsschub ausgelöst hätte. Übertrieben erscheinen auch Alarmrufe bezüglich anderer Sparmassnahmen. Gewiss kann man über den einen oder andern Alternativvorschlag diskutieren, und vielleicht hätte die Basis bei der Suche nach Sparmöglichkeiten besser involviert werden sollen - mit der Einschränkung, dass Sparprogramme nie Wunschprogramme sind und zu viele Köche den Brei verderben können. Weit wichtiger erscheint jedoch im Sinne einer umfassenden Perspektive das klare Bekenntnis von Bildungsdirektorin Regine Aepli zur Schulentwicklung im Volksschulbereich, wo der Grundstein für die weiteren Stufen gelegt wird. Die Zeichen stehen gut, dass das Parlament ihr hierbei folgen und Reformschritte einleiten wird. Gerade in diesem Zusammenhang müssen sich in Lehrerkreisen manche an der eigenen Nase nehmen: Noch wach ist die Erinnerung daran, wie sich Standesorganisationen im letztjährigen Abstimmungskampf zu einem neuen Volksschulgesetz spalten liessen. Damals wurde die Chance vergeben, durch geschlossenes Auftreten eine Basis für ein Gesamtkonzept und für entsprechende Kredite zu legen.

urs.